

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreise: Einmalig 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., halbjährlich 8.50 M., jährlich 16.00 M. (inkl. Porto). Einzelhefte 10 Pf. (inkl. Porto). Druck- und Verlagsanstalt: Dresden, Sächsische Zeitungsgesellschaft. Redaktion: Dresden, Neumarkt 10. Telefon: 22 201. Geschäftszeiten: Montag bis Freitag 9 bis 12 Uhr, Samstag 9 bis 12 Uhr, Sonntag 10 bis 12 Uhr. Druck: Dresden, Sächsische Zeitungsgesellschaft.

Nr. 291 | Dresden, Donnerstag den 16. Dezember 1920 | 31. Jahrg.

Klasseninteressen und Parteien

In den letzten Tagen fanden zwei Parteitage in Deutschland statt. Der Parteitag der Demokratischen Partei in Nürnberg und der Parteitag des preussischen Zentrums in Berlin. Die Demokratische Partei ist die Nachfolgerin der Fortschrittlichen Volkspartei, die durch Verschmelzung der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung entstanden war. Die linksliberalen Parteien stützten sich seit jeher in der Hauptfrage auf die Teile des gebildeten und kaufmännischen Mittelstandes, die sich von den zünftlich-anstaltsmäßigen Ideen erholt hatten. Die Leute von der Börse, die selbständigen Unternehmer des Klein- und Großhandels, kleinere und mittlere Fabrikanten bilden den Kern der Partei. Dazu kam noch ein starker Einschlag von Intellektuellen, Kersten, Rechtsanwältinnen, Großrenten, was sich daraus erklärt, daß die Angehörigen dieser Berufsstände zum großen Teil aus den Familien der kleineren und mittleren Unternehmer stammten.

Der sozialistische Zusammenschluß entsprach auch die politische Richtung der Partei. Soweit überhaupt noch im Inneren Schwäche überreste der Tradition von 1848 vorhanden waren, waren sie in den linksliberalen Parteien zu finden. Die Parteien traten daher für die politische Freiheit ein, aber verhältnismäßig lange wurde gerade bei diesen Parteien an den Dogmen der Mandatslehre festgehalten, die da sagte, daß der Staat möglichst wenig in wirtschaftliche Leben eingreifen soll. So waren die Linksliberalen im allgemeinen für den Freihandel, sie waren aber auch für die Sozialpolitik nicht ohne Bräutigam. In den letzten Jahren vor dem Kriege hat sich in dieser Beziehung manches geändert. Das wachsende Gewicht der zunehmenden Zahl der Angestellten blieb nicht ohne Wirkung auf die Stellung der linksliberalen Parteien zu sozialistischen Fragen. Dazu kam noch der Einfluß von Nationalsozialisten, die sich der Partei angegeschlossen hatten und die von vornherein ein größeres Verständnis für die sozialpolitischen Erfordernisse der Zeit mitbrachten.

Aus der Fortschrittlichen Volkspartei ist nach der Revolution die Demokratische Partei geworden, der sich auch ein Teil der Linksliberalen anschloß. Wenn auch die Fortschrittler im alten Deutschland nicht gerade rechte Republikaner waren, sondern als lokale Monarchisten bei Kaiser-Geburtsfesten sehr gern rote Adler und ähnliche Vogel an ihrer bürgerlichen Männerbrust trugen, so war doch die noch dem Zusammenbruch der Monarchie notwendige politische Umleitung für die Angehörigen der Fortschrittlichen Volkspartei nicht so schwer wie für die Anhänger der Rechtsparteien. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß das Bekenntnis zur Republik, das aus dem Würdener Parteitag hervorging, wurde, durchaus herzlich ist. Aus diesem republikanischen Standpunkt ergab sich mit Notwendigkeit die Ablehnung eines Autokratentums der Demokratischen Partei mit der Deutschen Volkspartei, von der offenbar auch die Mehrheit der Demokratischen Partei nicht wissen will.

Über auch insofern ist die Demokratische Partei die Nachfolgerin der früheren linksliberalen Parteien, als die Mandatslehre-Adeen in der Partei noch immer einen starken Einfluß ausüben. Die Demokraten gehören mit zu den lauesten Wurzeln nach der freien Wirtschaft, und im Mann wie Walter Rathenau zeigt in diese Partei auch nicht hinein. Er hat seine bekannten planwirtschaftlichen Vorlesungen in Nürnberg vorgetragen, aber er wird in der Demokratischen Partei für seine Ideen nicht allzu viele Anhänger finden. Was Rathenau will, acht gegen die Klasseninteressen vieler Kreise die dieser Partei anhängen. Teil einer planmäßigen Regelung des Wirtschaftslebens würde ein großer Teil des Säbberiums, das heute in der Demokratischen Partei so stark vertreten ist, seine Existenz verlieren. So sehr die Sozialdemokratie wünscht, daß eine zuverlässige bürgerlich-demokratische Partei vorhanden ist, so wird man doch der Demokratischen Partei kaum eine große Zukunft prophezeien können. Diejenigen Teile des selbständigen gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes, die den Kern der Demokratischen Partei bilden, werden durch die wirtschaftliche Entwicklung immer mehr verdrängt, die Arbeiter und Angestellten aber, die heute noch in der Demokratischen Partei sind, dürfen immer mehr einsehen, daß sie in dieser Partei keine Vertretung ihrer Klasseninteressen finden können, und sie werden eher kurz oder lang den Weg zur Sozialdemokratie finden.

Das verfemte Deutschland

Genf, 16. Dezember. Die gestrige Nachmittags-Sitzung war die interessanteste des ganzen Tages. Bundespräsident Motta führte in längerer Rede aus, daß, wenn nicht Amerika, Rußland und Deutschland in den Völkerbund aufgenommen würden, innerhalb der nächsten paar Jahre die Existenz des Völkerbundes gefährdet sei. Diese Worte wirkten wie eine Bombe. Wilson, kurz vorher noch, verlangte noch während der Rede Mottas das Wort und führte hernach mit großem Stimmschwund den französischen Standpunkt vor, nämlich, daß Deutschland erst nach Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles in den Völkerbund aufgenommen werden könne. Als er die Rede abgab, erhob sich ein Heulfall, wie ihn die Völkerbundversammlung seit ihrem Bestehen noch nicht gekannt hat. Die Bedeutung der Sitzung liegt jedoch darin, daß nach Wilson's Wort Robert Cecil die Erklärung abgab, daß Deutschland dem französischen Standpunkt beizutreten, Dehretsch wurde in den Völkerbund aufgenommen.

Solange er in keiner Weise die Gemüthsruhe, daß die Völkerbundnehmer und -geber davon Gebrauch machen wollen. Um aber diesem Projekte so rasch wie möglich eine praktische Ausführung zu sichern, hat der Rat beschlossen, die Finanzabteilung der provisorischen Finanz- und Wirtschaftskommission zu ermächtigen, sich die Mitwirkung einer hervorragenden Persönlichkeit aus der Wirtschaftswelt zu sichern, um die Statuten der internationalen Kommission sowie die Einzelheiten des internationalen Kreditprojektes vorzuzurechnen.

Die internationale Kreditaktion

Der Völkerbundrat nahm in seiner Dienstagssitzung zwei von dem Berichterstatter der Finanzabteilung, der vorläufigen Finanz- und Wirtschaftskommission Daniel Doregog, und von der Kommission gemäß den Beschlüssen der Völkerei Finanzabteilung angeordnete Entwürfe betreffend die internationale Kreditaktion an.

Der erste Entwurf sieht die Schaffung eines Ausleihes aus drei Zinssätzen und drei Geschäftskonten vor. Dieser Ausleih wird freuzinlig, die geldgeberischen Maßnahmen vorgeschlagen für die Regelung und Verwirklichung von Krediten, die so gestaltet sein sollen, daß die Rückflüsse im Voraus ihres Verarbeitungsprozesses nicht aufhören, als Bürgschaften für die gewährten Kredite zu dienen, sei es für den Exporteur, sei es für einen Bankier, indem der Ertrag des Verkaufs der fakturierten Artikel in erster Linie zur Rückzahlung des Kredites dienen muß.

Der zweite Entwurf sieht die Schaffung einer internationalen Kommission unter dem Schutze des Völkerbundes vor. Diese Kommission hätte die Aufgabe, ein Projekt betreffend internationalen Kredit auf der Grundlage des bekannten auf der Brüsseler Konferenz angenommenen Entwurfs zu veröffentlichen. Dieses Projekt muß den daran beteiligten Völkern, die nicht mehr in der Lage sind, auf dem internationalen Markt Kredite zu vernünftigen Bedingungen zu erlangen, die Möglichkeit geben, wieder Vertrauen einzufächeln, um so die für ihre lebensnotwendigen Einfuhrwaren, nützlich Mittel beschaffen zu können. Die Regierungen der Länder, die dem genannten Projekte zustimmen wollen, müssen der von dem Rat eingesetzten Kommission Kenntnis davon geben, welche genaue materiellen Voraussetzungen sie für die Sicherheit der von den Exporteuren zu gewährten Handelskredit, anbieten können.

Die interessierte Regierung wird hierauf ermächtigt, in einem durch die Kommission bewilligten Umfang Obligationen in Höhe von auszugeben. Die in Frage stehende Regierung soll das Recht erhalten, gegen einen solchen Entscheid an den Völkerbundrat zu appellieren. Der Rat hat sich dem Völkerbundrat gefälligst Entschloß, die Angelegenheit auf diese Weise zu werden die Länder, die in solche Kredite schenken, die nötigen Bedingungen und Garantien annehmen müssen, den Schutz eines unparteiischen Schlichtrichters erhalten.

Eine Antwort auf den Abdrückungsbeschluß

Nach einer Konferenz aus London hat die Regierung dem Unterhause eine Vorlage unterbreitet, die einen Zusatzkredit von 64 Millionen Pfund Sterling für die Kriegsmarine verlangt.

Die Konferenz in Brüssel

Brüssel, 16. Dezember. Die Konferenz der alliierten Sachverständigen hat einstimmig Delacroix zum Vorsitzenden gewählt. Nach der Wahl wurde das Arbeitsprogramm aufgestellt. Dieses Programm, auf das u. a. die Erörterung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und ihrer Zahlungsfähigkeit gestellt ist, wird heute den deutschen Vertretern mitgeteilt werden, die von heute früh an an der Konferenz teilnehmen werden.

Nach einer Meldung des Temps aus Brüssel fanden die Sitzungen der Sachverständigenkonferenz im Palais des Academies statt. In der heutigen Beratung ist bestimmt worden, daß die Alliierten Anfragen an die deutschen Bevollmächtigten richten werden über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands. Außerdem werden sie von den deutschen Vertretern eine Erklärung darüber verlangen, auf welche Frage sie sofort antworten können. Jede akademische Erörterung soll vermieden werden.

Das Urteil im Prinz-Prozeß

Im Prozeß Prinz-Scheldemann verurteilte das Landgericht den Angeklagten Erich Prinz wegen verurteilter schwerer Urkundenfälschung unter Jubelstürmen mildernden Umständen zu sechs Monaten Gefängnis. Zwei Monate wurden auf die vollstreckte Unterhaltungsgebühr angerechnet.

Das Urteil des Gerichts ging im wesentlichen dahin: Ein Verstoß mit der Aufforderung zur Ermordung Liebesrechts und der Rola Zugernburg hat nicht erfüllt, dagegen ein Gerücht über die Angelegenheit für wahr halten konnte. Deshalb ist es nicht nur der alten Rachebegehrung genügt und nicht unerheblich die falsche Behauptung verbreitet. Er hat ferner von dem ihm fälschlich angelegten Urkunde keinen Gebrauch gemacht denn der Heine Demmer, dem er sie übergab, um sie dem Reichsmann Kassel zu stellen, ist nur als Spion anzusehen, aber nicht als eine Verleumdung, die selbst getätigt werden sollte. Der Angeklagte war daher zu verurteilen wegen verurteilter schwerer Urkundenfälschung im Einklange mit seiner Tätigkeit. Er hat ihm mit einem Urkunde unterschrieben worden mit Rücksicht darauf daß er sich damals in ärmlicher Vermögenslage befand.

partei werden, und die Klasseninteressen ihrer Anhänger werden dazu führen, daß sie sozialistische Forderungen erheben, auch wenn sie kein sozialistisches Programm hat.

Nach Herrn Stegerwald soll sich die neue Partei gerade dadurch von der Sozialdemokratie vorteilhaft unterscheiden, daß sie den Klassenkampf ablehnt. Herr Stegerwald hat die Klassenkampftheorie nicht begriffen. Der Klassenkampf ist ja nicht erst durch Marx und durch die Sozialdemokratie in die Welt gebracht worden, sondern im dominanteren Manifeste konnte Herr Stegerwald lesen, daß die Geschichte stets eine Geschichte von Klassenkämpfen war. Wenn die christlichen Arbeiter mit wirtschaftlichen und politischen Kampfmitteln ihre Interessen gegenüber den kapitalistischen Widerstand durchsetzen suchen, so führen sie einen Klassenkampf, ob sie sich dieser Tatsache bewußt sind oder nicht.

Die Sozialdemokratie würde kurzzeitig bestehen, wenn sie eine Partei, die nach dem Rezept des Herrn Stegerwald gegründet wäre, einfach nur als eine unausgesprochene Konkurrenz betrachtete. Wir müssen wohl mit der Tatsache rechnen, daß wir einen Teil der Anarchisten und Arbeiter, besonders in den katholischen Gegenden, nicht von heute auf morgen für die Sozialdemokratie gewinnen werden. Deutsches sind die nichtsozialdemokratischen Arbeiter in den verschiedenen Parteien zerstreut und ihr Einfluß kommt nicht genügend zur Geltung. Wären sie aber in eine Partei vereint, auf deren Politik sie einen ausschlaggebenden Einfluß haben, so wird dieser Partei nichts anderes übrigbleiben, als in vielen politischen Fragen an die Seite der Sozialdemokratie zu treten, wie das auch heute schon die Arbeitervertreter des Zentrums so häufig haben tun müssen.

Während der Kopptage ist der Gedanke einer Arbeiterregierung aufgetaucht, in der neben Vertretern der sozialistischen Parteien auch Arbeitervertreter aus den anderen Parteien sitzen sollten. Die Zeit war damals für die Ausföhrung dieses Gedankens noch nicht reif. Aber die Gründung einer solchen Partei, wie sie Stegerwald vorgeschlägt, würde uns wahrscheinlich der Stunde näherbringen, wo das Aufwachen einer Arbeiterregierung möglich ist, und auch bei den links von der Sozialdemokratie stehenden Parteien, wie auch die Vorgänge in Schweden zeigen, der Sinn für eine auf praktische Betätigung eingestellte Politik wächst.

Ob Herr Stegerwald etwas Derartiges wünscht oder nicht ist dabei gleichgültig. Die Klasseninteressen der deutschen Proletariats fordern geblieben die Schaffung einer Einheitsfront aller deutschen Arbeiter und Angehörigen.

Von der Wiedergutmachungskommission

Paris, 16. Dezember. Der Berichterstatter des Rat in Brüssel berichtet, daß von Frankreich verdächtigt, es wolle sich nur auf die Wiedergutmachungskommission berufen, um Bittern von mehreren 100 Milliarden Frank in Gold herauszuschlagen. Frankreich will auf dieser Brüsseler Konferenz beweisen, daß es alles das nicht beabsichtigt. Die französischen Delegierten sind im Gegenteil bereit, deutsche Vorschläge anzuhören. Diese freundschaftliche Zusammenkunft bietet den deutschen Delegierten eine einzige, letzte Gelegenheit, ihren guten Willen zu beweisen.

Wenn die deutschen Vorschläge annehmbar und vernünftig sind, ist es möglich, daß man auchbringen verhandeln kann. Wenn im Gegenteil aber die deutschen Sachverständigen unter größtem Aufwand von technischen Argumenten zu beweisen versuchen wollten, daß sie nicht imstande sind, ihre Schuld zu entledigen, während sie ihr jetziges System dazu mißbrauchen wollen, um den Staatsbankrott zu erklären, zugunsten der großen Privatunternehmer, so ist anzunehmen, daß sie ihren Willen diktiert und Garantien nehmen werden.

Erhöhung des Kohlenpreises

Nach zweitägigen Verhandlungen in Berlin zur Beilegung des schärfsten Preistreits, an denen von Reichsminister Reichel, Reichsminister Baur und Reichsminister Cramer vom Reichspräsidium, das die Preisobergrenze für die Kohlenpreise gegen eine Kohlenpreiserhöhung für diesen Fall aufgehoben und eine Erhöhung des Kohlenpreises um 15 M. für die Tonne vom 1. Januar 1921 an unter gewissen Voraussetzungen genehmigt. Von dem Zeitpunkt an eine Erhöhung des Preises um 18 M. für die Tonne beantragt worden. Ueber die Wirkung dieser Preisänderung auf die Kohlenarbeiter soll morgen in Weiden weiterverhandelt werden.

In einer Rede auf dem Berliner Parteitag der preussischen Zentrumspartei wiederholte der christliche Gewerkschaftsführer und gegenwärtige preussische Volksabgeordneter Stegerwald die Gedanken die er schon in seiner Rede auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften vertreten hatte. Stegerwald ist mit dem deutschen Parteienstandpunkt nicht zufrieden. Er möchte der Sozialdemokratie die Führung nicht überlassen und fordert die Errichtung einer neuen Partei, die die Angehörigen beider christlicher Konfessionen umfassen und die christlich, deutsch, sozial und demokratisch sein soll. Stegerwalds Redner auf dem Zentrumsparteitag dürften diese Rede mit gemischten Gefühlen empfunden haben, kommt es zur Gründung einer solchen neuen Partei, wie sie Stegerwald schaffen will, so bedeutet das die Sprengung der Zentrumspartei. Stegerwald will wie er ausdrücklich sagt, keine neue Arbeiterpartei gründen, aber die neue Partei soll sich doch in erster Reihe auf die christlichen Arbeiter und Angestellten stützen, die ihre Kerntrupps bilden sollen. Ist aber die neue Partei da, so wird sie vermutlich, was das auch noch in wenig in den Absichten Stegerwalds liegen, eine Arbeiter-